



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

### Ankündigungen für mehr Windkraft unverzüglich umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Ankündigungen im Bereich Windenergie von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger im Anschluss an den Energiekonvent vom 23. März 2022 unverzüglich umzusetzen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert,

- unverzüglich die angekündigten Vorschläge zum Windkraftausbau – insbesondere die Ausnahmen von 10H für Vorranggebiete, Repowering und in Wäldern – zu beschließen,
- noch im April das angekündigte Treffen mit den Regionalen Planungsverbänden einzuberufen – mit dem Ziel, dass alle regionalen Planungsverbände bis Ende des Jahres einen aktuellen Regionalplan Wind vorlegen,
- die Regionalen Planungsverbände finanziell und personell so auszustatten, dass sie ihren gewachsenen Aufgaben zügig und effizient nachkommen können,
- sofern die Voraussetzungen für das landesweite Erreichen des 2-Prozent-Ziels nicht bis zur Sommerpause geschaffen werden können, unverzüglich die Abschaffung der 10H-Regelung auf den Weg zu bringen.

### Begründung:

Bereits in seiner Regierungserklärung vom 21. Juli 2021 hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder eine Lockerung der 10H-Regelung durch die Einführung von Ausnahmetatbeständen angekündigt – u. a. beim Repowering, im Staatswald und „in sensibler Form“ bei den Vorrangflächen und vorbelasteten Gebieten. Umgesetzt wurde die Ankündigung seither nicht. Beim Besuch von Bundesminister Robert Habeck im Januar 2022 wurde diese Ankündigung erneuert und vereinbart, dass die Staatsregierung bis Ende März 2022 ein Konzept für mehr Windkraft vorlegt. Bisher blieb es bei der mündlichen Ankündigung auf der Pressekonferenz im Nachgang zum Energiekonvent vom 23. März 2022. Schon im Januar war die Zusage an den Bund nur eine Wiederholung von vorherigen Ankündigungen, doch angesichts des Kriegs in der Ukraine ist die chronische Untätigkeit der Staatsregierung im Bereich der Windenergie in höchstem Maße verantwortungslos. Die Staatsregierung muss die Ausnahmen nun in einer der nächsten Kabinettsitzungen beschließen, damit unverzüglich mit der Umsetzung begonnen werden kann. Denn auch wenn Ausnahmen von 10H für mehrere hundert Windkraftanlagen sorgen können, so wird sich das nicht von heute auf morgen realisieren lassen.